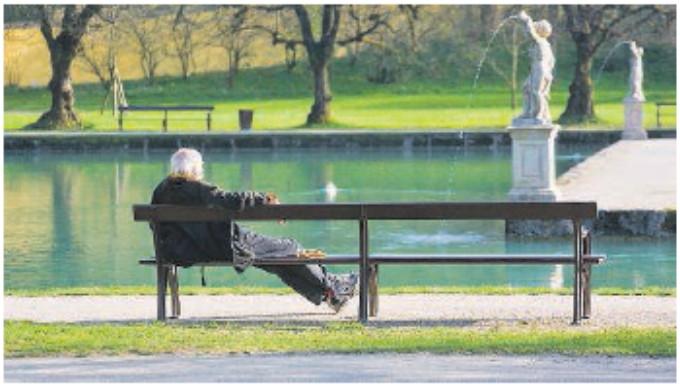
IMMAC

... leading in social investments

Datum:	10. März 2012
Medium:	Kleine Zeitung
Thema:	Altenpflege wird bald ein riesiger Wirtschaftszweig



Die alternde Gesellschaft ist vermehrt auf Pflege angewiesen. Mehr Wettbewerb bringt mehr Produktivität, sagt eine Studie. FRANZ PRITZ

Altenpflege wird bald ein riesiger Wirtschaftszweig

Bis 2020 werden 200 zusätzliche Pflegeheime gebraucht. Eine Studie rechnet mit 7000 neuen Jobs und beziffert den Investitionsbedarf mit einer Milliarde Euro.

„Die Notwendigkeit stationärer Pflege wächst. Fünf Prozent der Bevölkerung brauchen diese Betreuung."

Michael Steiner, Studienautor

Trotz intensiver Bemühungen um den Ausbau mobiler Altenpflege wird in den nächsten Jahren vor allem die Heimbetreuung stark zunehmen. Zu diesem Schluss kommt die Studie „Wohnen und Pflege für ältere Menschen in Österreich", die den Pflegesektor aus volkswirtschaftlicher Sicht beleuchtet.

Hauptgründe für den Trend zur stationären Pflege sind die Berufstätigkeit der Familienangehörigen, die geringe Zahl an Kindern sowie „gestiegene Ansprüche" der zu Pflegenden, wie Studienautor Michael Steiner von der Universität Graz erläutert. Er errechnet bis 2020 einen zusätzlichen Bedarf von 10.000 Pflegebetten in Österreich, was rund 200 neue Heime bedeutet.

Hinter dieser Dynamik steht der rasch wachsende Anteil der Älteren: Die Zahl der Über-70-Jährigen wächst von derzeit etwa einer Million auf 1,5 Millionen Menschen im Jahr 2030. Das bedeutet einen Anstieg auf 21 Prozent aller Erwachsenen.

Manfred Kahr, Österreichchef des privaten Pflegeheimerrichters IMMAC, liest aus der Studie einen Handlungsauftrag heraus: „Die Studie zeigt, dass eine Rentabilität gegeben ist und eine Öffnung hin zu privaten Heimbetreibern notwendig ist."

„Heimpflege ist kein Markt"

Tatsächlich betreiben Private derzeit nur knapp ein Fünftel aller Heime, 47 Prozent betreibt der Staat und 33 Prozent werden von gemeinnützigen Einrichtungen betrieben. Steiner schränkt zwar ein, dass der Pflegebereich wegen der exakt vorgegebenen Nachfrageseite „kein Markt" sei. Er wünscht sich aber einen transparenten Wettbewerb, dadurch könne man Kosten sparen.

Die durchaus offene Frage ist nämlich, wie die gigantischen Pflegeaufgaben auf Dauer zu finanzieren sind. Die Studie zeigt gewaltige Lücken: Die fragliche Altersgruppe verfügt im Schnitt über ein Monatseinkommen von 1500 Euro, während aber der Pflegeplatz monatlich rund 3000 Euro verschlingt. Die Hälfte muss also in der einen oder anderen Form über den Staat aufgebracht werden, obwohl die Pflegeversicherung erst im Aufbau ist. Kritisiert werden einzelne überzogene Sicherheitsstandards für Heime (etwa Türbreiten), aber auch die mangelnde Eigenvorsorge. Kahr: „In Österreich kommt kein Mensch auf die Idee, dass Altwerden ein Teil des Lebens ist und etwas kostet."

ERNST SITTINGER

Bawag kauft zurück

WIEN. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Bawag Hybridkapital-Emissionen zurückgekauft. Von einem Volumen von 300 Millionen Euro wurden 158 Millionen zum Preis von 70 Prozent erworben, weiters zwei Yen-Papiere über 129,4 Millionen Euro vollständig zurückgekauft. Mit der Aktion soll das Eigenkapital gemäß den Vorgaben der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) gestärkt werden.

Runde 2 im Bierprozess

WIEN. Am Montag wird der Prozess gegen zwölf ehemalige „Bierbarone" wiederholt. Die ausgesprochenen Freisprüche wurden aufgehoben. Eine von den Brauern angebotene Diversion (Geldbuße ohne Schuldspruch) wurde abgelehnt. Die betroffenen Personen sollen beim Verkauf der Brau Union an Heineken Insiderinformationen zum eigenen Vorteil genutzt haben. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Jeder Dritte arbeitet zu viel

Im dritten Quartal gab es 5,5 Millionen Überstunden.

WIEN. Bedenkliche Zahlen liefert der Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer Oberösterreich. Der Studie zufolge arbeitet ein Drittel der Arbeitnehmer mehr als vertraglich vereinbart. Jeder vierte österreichische Arbeitnehmer kommt dabei pro Woche sogar auf mehr als 40 Arbeitsstunden. Wenig verwunderlich: Nur 48 Prozent der Beschäftigten, die regelmäßig mehr Stunden leisten müssen, sind mit ihrer Zeit zufrieden.

Vollzeitbeschäftigte arbeiten im Schnitt der Euroländer 39 Stunden pro Woche. In Österreich sind es laut Arbeitsklima-Index durchschnittlich 41,9 Stunden. Kammerpräsident Johann Kalliauer: „Alleine im dritten Quartal 2011 wurden in Österreich 5,5 Millionen Überstunden geleistet – zu knapp einem Viertel unbezahlt."